

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Anna Dönhoff (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 4600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post gegen 12 Pennig Beleggeld

15 Pf. - Nr 551

SONNTAG, 22. NOVEMBER 1931

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE

Melchior geht nach Basel

Deutschlands Vertreter beim Sonderausschuß

Zum deutschen Mitglied des beratenden Sonderausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, der gemäß dem Memorandum der Reichsregierung die deutsche Zahlungsfähigkeit erneut prüfen soll, wurde durch den Reichsentscheidungspräsidenten der Reichsbank Dr. Carl Melchior ernannt.

Melchior hat Deutschland bereits bei der Stillhalterkommission der B. 3. vertreten, der er als Vize-Präsident der Bemerkungsausschüsse angehört. Seit Kriegsende hat er an seiner wichtigen internationalen Finanzkonferenz teilgenommen, von der Währungsfinanzkommission bis zu den Young-Verhandlungen und der zweiten Soaner Konferenz. Melchior, der aus der Richterlaufbahn vom Bankdienst zum Bankier wurde, ist einer der hervorragendsten Kenner der Reparations- und Schuldentragen.

Rift soll Frankreich vertreten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 21. NOVEMBER

Wie das „Echo de Paris“ meldet, sei der Untergruppenchef der Bank von Frankreich, Rift, bereits offiziell zum französischen Mitglied beim Sonderausschuss der B. 3. ernannt worden. In diplomatischen Kreisen wird es für möglich gehalten, daß für die vier Mitglieder, die außer den Notenbankpräsidenten noch dem beratenden Komitee angehören sollen, ebenso wie dem Währungs-Ausschuß, der den Dayton-Bericht herstellte, wiederum Vertreter der Schweiz, Hollands und Schwedens hinzugezogen werden.

Gleichzeitig mit dem Antrag auf Einberufung des beratenden Ausschusses sind im Einverständnis mit den Franzosen die an der deutschen Privatverpflichtung interessierten Gläubiger aufgefordert worden, die Nachprüfung, was aus den kurzfristigen deutschen Schulden werden soll, in Gang zu bringen.

Frankreichs Handlungsfreiheit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 21. NOVEMBER

Mit der Überreichung des deutschen Memorandums zwecks Einberufung des Beratenden Ausschusses der B. 3. ist in den deutsch-französischen Verhandlungen eine gewisse Ruhe eingetreten. Die kritische Aufnahme, die die Begründung des deutschen Antrags in der französischen Presse gefunden hat, wird noch durch einen Zeitartikel des „Temps“ verstärkt. Der „Temps“ bemängelt insbesondere, daß man in Deutschland das Memorandum so interpretiert, als ob auch Frankreich hinsichtlich der weitgehenden Kompetenzen des Baseler Ausschusses festgelegt sei. Zeit-

lichlich aber sei dieses Dokument lediglich eine deutsche Erklärung, für die Frankreich seinerseits keinerlei Verantwortung trägt, und der gegenüber es sich keine volle Aktionsfreiheit vorbehält. Diese Deutung klingt etwas merkwürdig, nachdem Votaholder von Reichs vollen wagen lassen, mit den französischen Ministern über die Formulierung des Antrages verhandelt hat und beinahe Sag für Sag vorher gemeinsam durchdachten haben ist.

Ans die Arbeit des Komitees selbst anbelangt, so ist dem „Temps“ zufolge, noch alles in der Schwebe. Man weiß noch nicht, ob man bei den kommenden Reparationsverhandlungen auf eine endgültige oder nur auf eine provisorische Lösung hinarbeiten solle. Im Augenblick handle es sich jedenfalls nur um eine Regelung für die wirtschaftliche Depressionsperiode, für die man wohl zu einem Ergebnis kommen werde, wenn man die Situationen nicht durch radikale und absolute Lösungen kompliziere.

Der „Temps“ schließt mit einem interessanten Hinweis auf die innerdeutsche politische Lage. Die Ziele der deutschen Nationalisten, den Young-Plan einfach für erledigt zu halten, ist nicht wert, daß man darüber rede. Wenn die Nationalisten in Berlin morgen an der Macht wären, würde es auch für sie unmöglich sein, offiziell diesen Standpunkt einzunehmen, denn der unheilbare Zusammenhang Deutschlands würde die sofortige Folge.

Staatssekretär von Bülow hat Sonnabend nachmittag mit dem Norddeutschen Lloydreise nach Berlin angetreten.

Wiggin kommt nach Berlin

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 21. NOVEMBER

Im Büro Albert Wiggins wurde heute mitgeteilt, daß das Komitee der New-Yorker Banken die Einladung des Ausschusses deutscher Privatbanken, einen Vertreter zu einer Konferenz nach Berlin zwecks Beförderung des Problems der deutschen Kreditie zu entsenden, angenommen habe, und daß Wiggins als Vorkandidat des Komitees in Betracht komme.

Wiggin, der Präsident der Chase National Bank, wird sich schon nächster Tage einschiffen. Bei den Stillhalterverhandlungen in Basel führte Wiggin den Vorfall des Guldverschuldungsaussschusses, der auf Empfehlung der Londoner Konferenz eingeleitet wurde. Dieser Ausschuß hat den Bericht des englischen Vertreteres Layton angenommen, der zur Grundlange des Stillhalterkommens wurde. Wiggins Aufgabe in Berlin wird es sein, den Standpunkt der amerikanischen Privatgläubiger zur Stellung zu bringen, die ein Primat der Reparationen vor der zweiten Verpflichtung nicht anerkennen und durch deren Einfluß das Soaner-Memorandum verflüchtigt wurde.

Neuer Skandal um die Creditanstalt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 21. NOVEMBER

Der Zusammenbruch der Credit-Anstalt scheint ein handliches Kapitel zu bekommen. Ein Teil der Presse, darunter die „Arbeiterzeitung“, ergeht sich in Andeutungen, wonach die frühere Leitung der Credit-Anstalt nach dem Bankrott im Mai, um sich vorläufig eine gute Presse zu sichern, eine Verschönerungsumme von 300 000 Schilling an Vertreter ausländischer Zeitungen und Reichstagsbüros ausgeschüttet hätte. Man erzählt weiter, daß ein noch bedeutender höherer Betrag der inländischen Presse zugeflossen sei.

Die Credit-Anstalt hat darauf ein Dementi verfaßt, daß nicht anders als eine Verschönerung dieser Geschichte zu deuten ist. Sie bestreitet, daß es einen „Verschönerungsfonds“ gegeben habe, vielmehr sei es „mit Rücksicht auf die bedeutenden Auslandsinteressen der Bank“ notwendig gewesen, für die fortwährende und richtige Information des Auslandes zu sorgen. Zur Verteilung der damit verbundenen, nachfolgenden Ausgaben habe die Credit-Anstalt in den ersten Tagen nach ihrem Zusammenbruch einen

Betrag von 300 000 Schilling verwendet. Es handle sich um die Durchführung eines Informationsdienstes und in keiner Weise um eine Verschönerung der Kreditfähigkeit.

Es ist keinesfalls einzugehen, wie eine richtige Information der Presse überhaupt viel Geld kostet, geschweige denn so riesige Summen erfordern soll.

Das Blatt der an der Regierung beteiligten Landbankpartei spricht von einem „Regiefonds“ der Creditanstalt, aus welchem die Verschönerungen bestritten worden seien und dem man u. a. den merkwürdigen Verlauf jener Generalversammlung nach dem Bankrott verdanke, die mit 50 Prozent auf Auflösung aus dem Grunde der geteilten Aktienaktionäre geschlossen hat. An der Verteilung der Gelder sei auch ein hoher und wohl affizierter Beamter des Finanzministeriums beteiligt. Auch der Name des Generaldirektors Epshimüller fiel in diesem Zusammenhang.

Im Mai war die Staatshaftung für die Verbindlichkeiten der Bank noch nicht ausgeprochen. Dennoch würde es sich, von allem andern abgesehen, um die gewöhnliche Gebarung mit Geldern des Staats handeln, der damals schon Großaktionär war.

„Krise ohne Gleichen“

Von

DR. PETER REINHOLD

früherem Reichsfinanzminister

Die deutsche Regierung hat in dem Memorandum, das am Freitag in Basel und in den fremden Hauptstädten überreicht worden ist, die Erklärung abgegeben, deren seit Jahren viel kommentierter, noch mehr unkritischer und heute geradezu anachronistisch anmutender Vorfall im Young-Plan genau festgestellt wurde, nämlich, daß „sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Währungs- und die Wirtschaftskrisen Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des aufhebenden Teils der Annuitäten endlich in Gefahr gebracht werden könnten“.

Damit hat die Reichsregierung der französischen Forderung Rechnung getragen, daß der Revisionsmechanismus auf Grund der Bestimmungen des Young-Plans in Gang gesetzt werden müsse; aber über das formale hinaus hat sie sachlich ihren Standpunkt in den folgenden Sätzen prägnant, die das Kernstück des Memorandums bilden:

„Anderm die deutsche Regierung diese Erklärung abgab, mußte sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Young-Plans ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise ohne Gleichen von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderausschuß die Aufgabe aufweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verpfändung Deutschlands rechtzeitig zum Ende Februar nächsten Jahres nun geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldnern zu treffen ist.“

Diese Sätze, von denen die französische Regierung nach den bisherigen Meldungen Kenntnis genommen hat, ohne sich dadurch mit dem Inhalt zu identifizieren, stellt das Ergebnis der wochenlangen vertraulichen Besprechungen dar, die über die Eröffnung der Verhandlungen in Paris stattgefunden haben. Die sachlichen Gegensätze — „fundamentale Meinungsverschiedenheiten“ nennt sie der „Express“ — sind keineswegs ausgelassen; aber die diplomatische Aktion ist diesmal offenbar doch glücklicher vorbereitet worden, als wie das leider im letzten Jahr gewohnt waren, so daß wenigstens der Start der neuen Konferenz nicht schon von vornherein auf eine tiefgehenden gegenseitigen Verständigung zwischen Berlin und Paris gestützt hat.

Das hat der deutschen Regierung den Vorwurf der Rechte eingetragen — Jugenber hatte es im Exportpolitik schon angekündigt —, daß sie sich in eine Situation hineinmanövriert habe, in der sie zu einer erneuten Anerkennung des Young-Plans gezwungen wird, während Kaval von der Reichspräsident seines Landes wegen seiner Nachlässigkeit auf das Festhalten angeklagt wird, wobei sich der „Hintergrund“ dazu verliert, ihn geradezu als Kanakenarbeiter hinzustellen, weil er das „fanalische“ deutsche Memorandum ohne formellen Protest hingenommen habe.

Diese außen- und innerpolitischen Schwierigkeiten, die schon der Errichtung der ersten Etappe, nämlich der Einberufung des Sonderausschusses, entgegenstanden, lassen am besten erkennen, wie himmelweit wir noch von der Errichtung des Endziels, das heißt einer tragbaren Regelung unserer gesamten Auslandsverbindlichkeiten, entfernt sind. Dazu muß, nachdem die Beratung des Gesamtschusses der in Betracht kommenden Fragen in einem gemeinsamen Ausschuß nicht erreicht worden ist, noch ein zweiter Weg geklärt werden, der zur Einigung der privaten Gläubiger und Schuldner Deutschlands führen soll: die Einladung dieser Gläubiger nach Berlin, die gleichzeitig mit dem Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses erfolgte, war der erste Schritt dazu. Er war eine unbedingte Notwendigkeit, da sich eine ansehnliche Delegation, zum Teil sogar eine gewisse Erregung der privaten Gläubiger bemerkbar machte, daß unter politischem Druck ihre Rechte verliert werden sollten; wenn man die französische These der Priorität der politischen Schulden und die beständigen Ausfälle eines Teiles der französischen Presse gegen die fremden Banken, die Deutschland unter Inrechnung exportierter Hilfsgüter Geld geborgt hätten, in